

- | | |
|---|--|
| 1 Gespräch über die Versöhnungsarbeit in Ruanda | 14 Gertrud Woker, Chemikerin, Friedenskämpferin |
| 6 Die nachhaltige UNO-Agenda 2030 und die Schweiz | 18 Sicherheitsbericht 2016: Kollektiv, please! |
| 10 Das Flüchtlingsnetzwerk am Gartenhof in den 30ern | 22 Zumach zum Nato-Gipfel in Warschau im Juli |
| 13 Aus der Friedensarbeit: SCI-GUS und Kiental | 24 Menschenstrom gegen Atom am 16. Juni in Beznau |

Die ruandische Friedens- und Menschenrechtsaktivistin Justine Mbabazi im Gespräch

Versöhnungsdialog in Ruanda

Während des 100 Tage dauernden Genozids im Jahre 1994 stand das ostafrikanische Land Ruanda im Fokus der Weltöffentlichkeit. Zwei Jahrzehnte später gilt es als Musterbeispiel für Versöhnungsarbeit. Die Juristin Justine Mbabazi spielte eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau des Landes und der starken Rolle der Frauen im öffentlichen Leben. Anlässlich eines Besuches in der Schweiz sprach die **FRIEDENSZEITUNG** mit ihr über ihre Erfahrungen mit der Übergangsjustiz und bei der Konfliktbewältigung.

/ Virpi Luoma /

Das Jahr 1994 weckt dunkle Erinnerungen bei den Menschen in Ruanda. Zwischen April und Juli wurden schätzungsweise 800'000 bis eine Million Tutsis und moderate Hutus von Hutu-Soldaten und -Mitbürgern getötet. Der Genozid brach aus, als ein Flugzeug, in dem der Hutu-Präsident Juvénal Habyarimana reiste, abgeschossen wurde. Die komplizierte Situation, mit gesellschaftspolitischen Wurzeln in der Kolonialgeschichte und der Hutu-Revolution von 1959, hat sich inzwischen in einen erfolgreichen Versöhnungsprozess verwandelt.

«Heute steht Ruanda für gute Nachrichten in der Friedens- und Gleichstellungsarbeit», sagt Justine Mbabazi. Sie versteht die kom-

plexe Geschichte Ruandas mit dem Herzen und dem Verstand, denn sie selber wurde im Jahr 1964 in Uganda als Kind ruandischer Flüchtlinge geboren, überlebte den Genozid und absolvierte später einen Master in Internationalem Recht am Washington College of Law. Eine der grossen Errungenschaften Mbabazis in Ruanda ist die Einführung eines Gesetzes, welches Gewalt gegen Frauen und Kinder strafbar macht. Es wurde im ruandischen Parlament im Jahr 2006 einstimmig angenommen.

Wie man Männer zu etwas bringt

Wenn sich Justine Mbabazi an die Ausarbeitung des Gesetzes gegen geschlechtsspezifische Gewalt erinnert, unterstreicht sie die Bedeutung der Dörfer in Ruanda. «Das System in Ruanda bezieht die Bevölkerung mit ein. Wir haben tatsächlich ein Parlament, das von Dorf zu Dorf geht und sich beraten lässt, anstatt die ganze Zeit im Parlamentsgebäude zu sitzen», erzählt Justine und fährt fort: «Bei der Ausarbeitung des Gesetzes haben wir die Parlamentsmitglieder, vor

allem Männer, dazu ermutigt, mit den Menschen zu sprechen und die Dorfbewohner zu fragen, was sie von dem Gesetz halten.»

Die Lobbyarbeit der Frauenrechtsaktivistinnen erforderte damals eine besondere Herangehensweise. Wenn es darum ging, für die Sache zu argumentieren, wurde den Mitgliedern des Parlaments empfohlen, die Worte Mutter, Tochter und Schwester anstatt das Wort Ehefrau zu verwenden. «Es ist eine völlig andere Sache zu fragen, wie würden Sie sich fühlen, wenn Ihre Mutter vergewaltigt oder Ihre Schwester geschlagen würde, als dasselbe über Ehefrauen zu fragen. Jeder Mann würde einen Weg finden, um seine Mutter, Tochter oder Schwester zu verteidigen, aber es ist schwieriger bei Männern, den gleichen Respekt für Ehefrauen zu finden», erklärt Justine. Dieses Gedankenspiel trug dazu bei, dass das Gesetz mit grosser Mehrheit angenommen wurde, einer der stolzen Momente in Mbabazis Karriere.

Wie die Ausarbeitung und Verfassung des Gesetzes gegen geschlechtsspezifische Gewalt zeigt, erfordert die Gleichstellung der Geschlechter auch die Beteiligung von Männern. «Wenn Männer am Prozess der Gleichstellung der Geschlechter nicht beteiligt sind, wird das System langsam sein. Männer sind gerne an der Macht,



also müssen sie das Gefühl haben, beteiligt zu sein. Bezieht sie ein und packt die Dinge an. Im Jahr 2008 wurde Ruanda das weltweit erste Land mit mehr weiblichen als männlichen Mitgliedern im Parlament. Aber Frauen müssen nach wie vor Lobbyarbeit machen und Hintergrundinformationen anbieten, um Männer über Gender Mainstreaming zu informieren», rät Justine Mbabazi.

Beratungen mit der Dorfbevölkerung

Nach Justine Mbabazi basiert die Regierungsarbeit Ruandas auf Beratungen. In Ruanda wird alles, von der Gesundheitsfürsorge bis zur Landwirtschaft, von den Frauenrechten bis zur Bildung, auf Dorfebene besprochen. Bevor die Entscheidungen aus dem Parlament bekanntgegeben werden, sind sie bereits in den Dörfern, unter Nachbarn diskutiert worden. Das wird als Bottom-Up-Ansatz bezeichnet. «Was das Parlament entscheidet, ging bereits durch die Augen und Ohren der einfachen Leute. Sie müssen keine Ausbildung haben, denn das ruandische System ist so traditio-

nell, lokal und angepasst, dass jeder und jede – Männer und Frauen, Jung und Alt – teilnehmen kann», sagt Mbabazi. Die Regierung wird einfach als eine Struktur angesehen, während die Menschen die wahre Macht auf Dorfebene haben. So fühlen sich die Menschen als Teil des Systems und der Staatsführung.

Eines der wichtigsten Elemente der ruandischen Tradition ist das kommunale Justizsystem, bekannt als Gacaca-Gericht. Historischen und kulturellen Traditionen zufolge hatte früher jeder Dorfbewohner und jede Dorfbewohnerin die Möglichkeit, Gerechtigkeit bei den Vertrauenswürdigsten ihrer lokalen Dorfgemeinschaft zu suchen. Mit der Kolonialisierung und der Ankunft des westlichen Rechtssystems brach die jahrhundertealte Rechtstradition ab.

Wiedereinführung des traditionellen kommunalen Justizsystems

Nach dem Genozid hatte die neue Regierung der Ruandischen Patriotischen Front Mühe damit, Recht zu sprechen, da mehr als 100'000 Menschen wegen Genozid, Kriegsverbrechen und den damit verbundenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt waren. Im Jahr 2001 wurde das traditionelle kommunale Justizsystem wieder eingeführt, um sich, neben dem Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda, ebenfalls mit der strafrechtlichen Verantwortlichkeit und den Sanktionen zu befassen.

Eine der Herausforderungen nach dem Genozid war der Kampf gegen die Korruption, die etwa auch Lehrer und Lehrerinnen betraf. Historisch gesehen war Bildung in Ruanda sehr diskriminierend, weil die Tutsis lange nicht die gleichen Bildungschancen hatten wie die Hutus. Nach dem Genozid musste die Regierung mit dieser Frage sorgfältig umgehen, da jedes Kind das Recht auf Bildung hat. Der Weg von diskriminierender Bildung zu den höchsten Einschulungsraten auf Primarstufe in Afrika war lang und hart.

Koexistenz und Integration gefördert

Die Regierung übernahm die Verantwortung, jedem Kind eine Grundschulbildung zu bieten. Wichtiger Teil der Grundschul- und der Vorschulerziehungsreform in Ruanda war, dass die Ausbildung kostenlos und verpflichtend gemacht wurde. Es wurden mehr Schulen in der Nähe von Familien gebaut und die Kinder bekamen eine kostenlose Mahlzeit in der Schule. All dies steigerte

Justine Mbabazi

Die international anerkannte 52-jährige ruandische Friedensaktivistin und Menschenrechtsanwältin Justine Mbabazi hat auf Einladung der *FriedensFrauen Weltweit* Ende Mai die Schweiz besucht. Sie hat jahrelang in der Friedens- und Versöhnungsarbeit gewirkt und an juristischen Reformen in Kanada, den USA, Afrika und Europa mitgearbeitet. Derzeit beschäftigt sie sich mit Empowerment und Capacity Building (Aufbau von Kapazitäten) von Frauen in Afghanistan, um sie auf politische Führungspositionen vorzubereiten. Weiter arbeitet sie am Aufbau eines neuen Justizsystems im Süd-Sudan. Vor ihrer Arbeit in Afghanistan und im Süd-Sudan spielte Justine Mbabazi eine wichtige Rolle in den Diskussionsforen zu Gleichstellung der Geschlechter in der ruandischen Verfassung.

die Motivation der Eltern, ihre Kinder in die Schule zu schicken.

Die Bedeutung des Dialogs wird auch im Schulsystem deutlich. Jeder und jede muss informiert sein und, wenn nötig, einschreiten, wie Justine Mbabazi sagt: «Geschlechtsspezifische, sexuelle Gewalt wird an den Schulen bekämpft, indem Vereine und Verbände gegründet werden. Schüler und Schülerinnen berichten den Eltern, Eltern berichten den Lehrern, und die Themen werden diskutiert. Alle haben das Gefühl, sie seien mitverantwortlich und betrachten es als ihre Aufgabe, zu reagieren und zu reden. Wenn du etwas Schlimmes beobachtest, musst du es ansprechen.»

Inklusivität, Koexistenz und harte Arbeit sind die Grundlagen der Friedensbemühungen in Ruanda. Nach dem Genozid mussten die Menschen wirklich verstehen, dass der Völkermord seine Ursache in der Spaltung der Bevölkerungsgruppen hatte. Koexistenz und Integration wurden gefördert, um überhaupt konstruktive Massnahmen ergreifen zu können. Ein erster Schritt in Richtung besserer Koexistenz war die Abschaffung von Identitätskarten und der Todesstrafe. Die einzige Möglichkeit, Diskriminierung gegenüber verletzlichen Gruppen zu stoppen, bestand darin, jeden und jede in die Gemeinschaft aufzunehmen.

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich.

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt. Mitarbeit: Andreas Zumach, Ruedi Tobler, Virpi Luoma, Ruedi Epple, Andrea Grossenbacher, SCI-Newsletter.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titelseite: zVg; Seite 4: Klett-Verlag; Seite 5: Virpi Luoma; Seite 6/7: Deutscher Übersetzungsdienst UNO; Seite 8/9: Martens/Oberland; Seite 9 oben: DEZA; Tabellen Seite 11/12: Ruedi Epple; Seite 15: Gosteli-Stiftung.

Druck: gdz AG, Zürich

Auflage: 2000 Ex., Juni 2016

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492

Heutige Herausforderungen

Nachdem die Plattformen für Diskussionen funktionieren, sind politische Fragen nicht mehr die Hauptsorge in Ruanda. Für Justine Mbabazi sind die jüngsten Herausforderungen nun die Arbeitslosigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Es braucht langfristige Lösungen, um die Entwicklung Ruandas nachhaltig zu gestalten. Mbabazi sieht die künftige Entwicklung der ruandischen Gesellschaft in der Landwirtschaft und Bildung.

Die meisten Menschen leben von der Landwirtschaft, daher sind Investitionen und Innovationen, die die Landwirtschaft profitabler machen, erforderlich. Ausländische Investitionen und technische Innovationen sollten nur auf Basis von Gesprächen mit der ruandischen Bevölkerung erfolgen und auf der Bewahrung der Traditionen beruhen. So besteht eine der Herausforderungen darin, Tradition und innovatives Denken in Einklang zu bringen, ohne die Menschen dessen zu berauben, was sie kennen.

Die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt zeigen sich bei den gebildeten Jungen. Die Zahl der Universitäten in Ruanda ist in 15 Jahren von ein paar wenigen auf 30 angestiegen. Trotz

ihrer Ausbildung haben die jungen Menschen mit Master-Abschluss noch Schwierigkeiten, eine Arbeit zu finden. «Die Mehrheit der Studien über Ruanda werden von ausländischen Forschern geleitet. Sie leisten hervorragende Arbeit, aber in den meisten Fällen handelt es sich um fremde Stimmen, denen kulturelle und historische Perspektiven fehlen. So gibt es eine Notwendigkeit für Forschung, die auf lokalem Wissen basiert und von der lokalen Bevölkerung ausgeführt wird», erzählt Mbabazi.

Das Stigma des Genozids

Eine weitere Herausforderung ist auch das Stigma der Vergangenheit. Während des Genozids in Ruanda wurde Vergewaltigung als Kriegswaffe eingesetzt und Kinder wurden aus diesen Vergewaltigungen geboren. Diese Kinder sind jetzt in ihren Zwanzigern und beschäftigen sich mit Fragen der Identität und Familienbeziehungen. Der Genozid wird an den Schulen und in den Universitäten behandelt, aber es muss immer noch mehr getan werden. Die Gesellschaft muss diese Stigmata offen behandeln und dabei trotzdem die Privatsphäre der Betroffenen respektieren.

Der vergangene Konflikt ist auch in den Beziehungen zu den Nachbarländern gegenwärtig, denn die Grenzen zwischen Hutus und Tutsis waren schon immer unklar. Als der Genozid in Ruanda endete und die alte Hutu-Regierung gestürzt wurde, haben über zwei Millionen Menschen das Land verlassen und sind in den Nachbarstaat Kongo geflohen. Mbabazi weist darauf hin, dass auch der Kongo ein Opfer des Genozids wurde. Die Probleme gingen weiter, denn das Morden und Vergewaltigen kannte auch auf der anderen Seite der Grenze kein Ende. Diesmal waren die Opfer die Hutus.

Genozid in Burundi verhindern

Wenn man Mbabazi über die Beziehung Ruandas zur Demokratischen Republik Kongo fragt, meint sie zunächst: «Erstens bin ich keine Politikerin, meine Worte basieren auf persönlichen Analysen. Zweitens waren auf beiden Seiten der Grenze unschuldige Zivilisten die Opfer des Konflikts. Und drittens haben die Vereinten Nationen Ruanda im Stich gelassen. Sie konnten weder den Genozid verhindern noch die Flüchtlinge schützen, die in den Kongo geflohen waren. Die ruandische Regierung muss-

Editorial

«Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten»

Das Motto des Friedenswegs am vergangenen Ostermontag in Romanshorn macht aufmerksam auf den Zusammenhang des internationalen Waffenhandels mit den kriegerischen Konflikten auf dieser Welt und den dadurch ausgelösten Flüchtlingsbewegungen. Er erinnert auch an die Mitverantwortung der waffenexportierenden Staaten für die Kriege auf dieser Welt.

Vom 22. bis 24. August dieses Jahres findet in Genf die erste Überprüfungs-konferenz des internationalen Waffenhandelsvertrags (ATT) statt, der 2013 von der UNO-Generalversammlung verabschiedet worden und 2015 in Kraft getreten ist. Bereits ratifiziert haben ihn 85 Staaten, darunter auch die Schweiz; weitere 48 Staaten haben ihn unterzeichnet. 62 Staaten stehen immer noch abseits.

Mit dem Beitritt zum ATT verpflichten sich die Vertragsstaaten, jährlich über ihre Aus- und Einfuhren von Kriegsmaterial Bericht zu erstatten. Die Berichte werden an den jährlichen Überprüfungs-konferenzen behandelt. Dies wird der Zivilgesellschaft bessere Informationsgrundlagen für Kampagnen gegen den internationalen Waffenhandel und die Kriegsmaterialexporte der einzelnen Länder bieten.

Der ATT ist ein Waffenhandelsvertrag, er verbietet den Waffenhandel nicht generell. Verboten sind allerdings Exporte, die gegen ein UNO-Embargo oder andere völkerrechtliche Verpflichtungen verstossen, und wenn Waffen für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verwendet werden sollen. Zudem muss jeder Exportstaat prüfen, ob die Gefahr besteht, dass die Waffenlieferungen Frieden und Sicherheit untergraben, und ob sie für Kriegsverbrechen oder schwere Menschenrechtsverletzungen – insbesondere auch für geschlechtsspezifische Gewalt und Gewalt gegen Frauen und Kinder – eingesetzt werden.

Wir von der Zivilgesellschaft sind nun gefordert, eine strikte Einhaltung und Umsetzung des ATT einzufordern. Deshalb sind Aktivitäten während der Überprüfungs-konferenz in Genf geplant. Informationen dazu sind zu finden auf der Website des SFR und auf jener von Amnesty Schweiz.

Ruedi Tobler



FriedensFrauen Weltweit – PeaceWomen Across the Globe laden jedes Jahr eine Frau aus ihrem Netzwerk für eine Veranstaltungsreihe in die Schweiz ein. Justine Mbabazi hielt in der letzten Maiwoche Vorträge in verschiedenen Städten und stand Virpi Luoma für ein Gespräch zur Verfügung. Die FriedensFrauen Weltweit sind die Nachfolgeorganisation der Initiative «1000 Frauen für den Friedensnobelpreis». Sie setzen sich dafür ein, dass Frauen auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen gleichberechtigt teilhaben, sie ihre Rechte wirksam durchsetzen können und der sexuellen Gewalt an Frauen ein Ende gesetzt wird.

www.1000peacewoman.org

Fortsetzung Seite 4

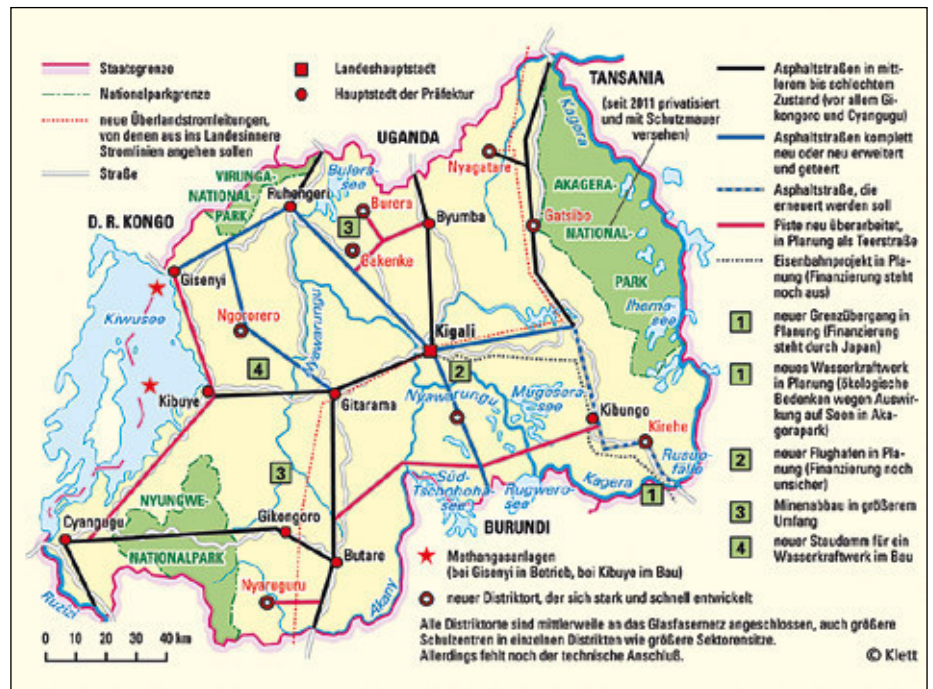
Ruanda in Kürze

te in dieser Situation reagieren und sich einmischen. Normalerweise sehen die Leute das als eine negative Sache, ich als Friedensaktivistin sehe die guten Seiten davon. Frauen wurden in Massen vergewaltigt, Kinder verwaisten, Menschen fühlten sich hilflos und waren obdachlos. Zumindest hat die ruandische Regierung versucht zu helfen. Wann immer es Krisen gibt, muss jemand die führende Rolle übernehmen und abschliessend mit der Kritik umgehen.»

Justine Mbabazi denkt, dass der Kongo aufwachen und eine Lösung für die Führungsprobleme finden muss. «In Burundi, einem Land, das dieselbe Sprache spricht wie wir, ist die Situation ähnlich. Wenn deine Nachbarinnen und Nachbarn in der Krise sind, solltest du dich nicht einfach zurücklehnen und bequem sitzen, denn du wirst früher oder später auch davon betroffen sein. In Ruanda gehört es zur Tradition, den Nachbarn zu helfen, aber von Staat zu Staat ist das wegen der Politik nicht so einfach. Ich möchte im Moment in Burundi sein und helfen, den Konflikt dort zu verhindern. Ich weiss nicht, was auf Regierungsebene geschieht, aber alle internationalen und afrikanischen Organisationen müssen aufwachen und Burundi helfen. Denn was wir nie mehr erleben möchten, ist ein weiterer Genozid.»

Für Justine Mbabazi ist die Arbeit eine Leidenschaft: «Wenn man einmal Teil der unglücklichen Umstände gewesen ist, werden die schlaflosen Nächte in gewisser Weise bezahlt, wenn man 20 Jahre später die guten Ergebnisse sieht.»

Übersetzung: Andrea Grossenbacher



Von 1884 bis 1916 war Ruanda eine deutsche Kolonie, 1962 erhielt es seine Unabhängigkeit von der UNO-Mandatsmacht Belgien. Die Kolonialmächte beschlossen, durch indirekte Herrschaft zu regieren, und wollten keinen eigenen Verwaltungsapparat aufbauen. Sie unterstützten zunächst die herrschenden Eliten der Tutsi und versuchten, sie für ihre Zwecke zu nutzen. Die Kolonialmächte definierten die gesellschaftlichen Kategorien von Hutu, Tutsi und Twa als «Stämme», unterschieden nach rassistischen Kriterien bezüglich des Äusseren und des angeblichen Charakters sowie nach der Wirtschaftsbasis. Infolge struktureller Probleme, einer

hohen Bevölkerungsdichte und Konflikten zwischen den Volksgruppen, die im Völkermord an den Tutsi 1994 gipfelten, zählte das Land zu den ärmsten in Afrika. In den letzten Jahren sind starke wirtschaftliche Fortschritte zu verzeichnen, die unter anderem durch die Ausbeutung von Rohstoffen in den östlichen Kongoprovinzen erzielt werden. Weite Teile der Wirtschaft werden durch die regierende Partei Ruandische Patriotische Front kontrolliert. Ruanda steht international in der Kritik wegen mangelnder Pressefreiheit, Unterdrückung der Opposition, Manipulation von Wahlen sowie der Destabilisierung des Ostkongo. (Amnesty 2015/2016)

Virpi Luoma, die neue Freiwillige beim Friedensrat in Zürich



Moi – Hallo! Ich bin Virpi Luoma, und ich komme aus Finnland, dem Land der tausend Seen und Saunas. Ich habe Weltgeschichte, Auswanderungspolitik und Politikwissenschaft an der Universität Turku studiert. Fremde Kulturen, neueste Nachrichten aus der Welt, naturgemässes Leben und menschlichen Wohlergehen haben mich immer interessiert. Doch es war während meines Praktikums in Beirut, als ich verstand, wie wichtig die Friedenspolitik und die Gleichstellung sind. Ich bin sehr am Nahen Osten interessiert, besonders an der Wechselwirkung zwischen westlichem Christentum und orientalischem Islam. In Beirut und während meines Aus-

tauschstudiums in Istanbul konnte ich mich persönlich mit der türkischen und libanesischen Kultur bekanntmachen.

Bevor ich nach Zürich kam, arbeitete ich als wissenschaftliche Assistentin an einem Forschungszentrum für das Mittelalter. In meiner Magisterarbeit habe ich Tagebücher von schwedischen Soldaten aus dem 18. Jahrhundert untersucht. Sie wurden von den Soldaten während des Grossen Nordischen Krieges in der Türkei geführt, und ich wollte wissen, wie sie das Bild des Fremden beschrieben. Beim Schweizerischen Friedensrat will ich mehr über heutige Weltprobleme – und besonders deren Lösung – kennenlernen.